

## ***Indiens neue Energiepolitik und ihre geostrategische Bedeutung***

Thorsten Wojczewski und Melanie Hanif

Im September und Oktober 2008 stehen für die indische Energiepolitik richtungweisende Entscheidungen an: Der US-Kongress befindet über das indisch-amerikanische Nuklearabkommen und in Teheran sind Verhandlungen über die Iran-Pakistan-Indien-Pipeline angesetzt.

### **Analyse:**

Das Wachstum in Indien ist mit einem in die Höhe schnellenden Energieverbrauch verbunden und verstärkt angesichts der Preisentwicklung auf dem Erdölmarkt das Streben nach Energiesicherheit. Der Weg, den Indien dafür einschlägt, ist auch für westliche Industriestaaten von Bedeutung – mit Blick auf die eigene Energiesicherheit, die Auswirkungen auf die Umwelt und nicht zuletzt als Indikator für Indiens Verhalten als aufstrebende Regional- und Großmacht.

- Durch das mit den USA geschlossene Nuklearabkommen könnte sich Indien aus seiner mehr als dreißigjährigen nuklearen Isolation befreien und den Ausbau seines zivilen Atomprogramms intensivieren. Da damit auf einem sehr niedrigen Niveau begonnen werden muss, kann das Nuklearabkommen mittelfristig jedoch keinen signifikanten Beitrag zu Indiens Energiesicherheit leisten.
- International bedeutet die De-facto-Anerkennung als Atommacht durch die USA nicht nur einen immensen Prestigegewinn, sondern könnte auch als Katalysator für den Abschluss ähnlicher Abkommen etwa mit China oder Russland wirken.
- Die mit Iran und Pakistan geplante Pipeline könnte in optimistischer Sicht von 2012 an täglich 30 Mio. Kubikmeter Gas nach Indien transportieren und damit substantiell zur indischen Energieversorgung beitragen.
- Die instabile Lage im Transitland Pakistan und dessen nach wie vor angespannte Beziehungen zu Indien sind allerdings kaum kalkulierbare Risiken des Pipelineprojektes. Darüber hinaus gefährdet ein allzu enges Verhältnis zum „Schurkenstaat“ Iran Indiens strategische Partnerschaft mit den USA.

*Schlagwörter: Indien, Energiesicherheit, Nuklearabkommen, Iran-Pakistan-Indien-Pipeline*

## 1. Einleitung

Energiesicherheit ist zu einem bestimmenden Faktor indischer Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Im Zuge des rasanten wirtschaftlichen Modernisierungsprozesses ist Indiens Energiebedarf in den letzten Jahren stetig angestiegen. Das südasiatische Land ist mittlerweile sechstgrößter Energieverbraucher der Welt. Bei anhaltend hohem Wirtschaftswachstum wird sich der Energieverbrauch von 2005 bis 2030 voraussichtlich nahezu verdoppeln und Indien zum weltweit drittgrößten Energiekonsumenten machen (IAE 2007: 7-8). Indiens erfolgreiche Entwicklung lässt sich nur fortsetzen, wenn das Land auf gesicherte Energiequellen zurückgreifen kann. Da Indiens eigene Energiereserven mit Ausnahme von Kohle begrenzt sind, gerät es in zunehmende Energieabhängigkeit – und in den globalen Konkurrenzkampf um Ressourcen.

Indien versucht, die Gefahren einer Abhängigkeit von Gas- und Rohölimporten durch Diversifizierung auszugleichen, und hat aus diesem Grund die Beziehungen zu energiereichen Staaten in Afrika, Lateinamerika und Zentralasien ausgebaut. Auch in der krisenanfälligen Region des Nahen Ostens konnte Indien seine Beziehungen zu Staaten wie Saudi-Arabien und Iran intensivieren. Auf der anderen Seite spielt Energiesicherheit eine wichtige Rolle in Indiens Beziehungen zu den USA, China und Russland. Von herausragender Bedeutung sind dabei zwei Projekte: das 2006 mit den USA geschlossene Nuklearabkommen, das Indien de facto als Nuklearmacht anerkennt und weitreichende Kooperation in der zivilen Nuklear-technologie vorsieht, und der Bau einer Gaspipeline, die von Iran über Pakistan nach Indien führen soll (IPI-Pipeline). Der Nuklearpakt besiegelt die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Indien und leitet ein neues Kapitel in den zuvor schwierigen Beziehungen beider Länder ein. Seit Veröffentlichung des Vertragstextes im August 2007 wurde die Implementierung des Abkommens jedoch beinahe ein Jahr lang von den kommunistischen Parteien im indischen Parlament blockiert. Vor dem Hintergrund der amerikanisch-pakistanischen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus befürchten in Indien nicht nur die Kommunisten, dass eine zu enge Anbindung an die USA die Unabhängigkeit des Landes beschneiden und seine Sicherheit gefährden könnte. Aus Protest gegen das Nuklearabkommen entzogen

die kommunistischen Parteien im Juli 2008 der Minderheitsregierung von Premierminister Manmohan Singh ihre Unterstützung. Singh konnte aber die *Samajwadi Party* für ein Bündnis gewinnen und damit ein Scheitern der Koalition verhindern – auf indischer Seite scheint nun nichts mehr im Wege zu stehen, den Nukleardeal zu realisieren.

Belastet werden die indisch-amerikanischen Beziehungen allerdings weiterhin durch das Pipelineprojekt mit Iran und Pakistan. Seit über einem Jahrzehnt führen Iran, Pakistan und Indien Gespräche über den Bau einer Pipeline, die Gas vom Persischen Golf über Pakistan nach Indien transportieren soll. Nachdem das Projekt erst durch die Eskalation des indisch-pakistanischen Konfliktes in den Jahren 1999 und 2001/02 blockiert und dann von technischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen aufgehalten worden war, ist seit April 2008 wieder Bewegung in die Verhandlungen gekommen.

Die Umsetzung des Pipelineprojektes hätte weitreichende geopolitische Implikationen: Einerseits könnte die IPI-Pipeline Ausgangspunkt für ein umfassendes Pipelinennetz in Asien sein und die Beziehungen zwischen den Staaten in der Region stabilisieren. So gibt es Überlegungen, China langfristig in das Projekt zu integrieren. Der Bau der Pipeline würde in jedem Fall die US-amerikanischen Bemühungen untergraben, Iran international zu isolieren, und den Einfluss der USA in der Region schwächen. Andererseits kann der Ausschluss einzelner Staaten aus wichtigen Projekten den innerasiatischen Wettbewerb um Energie verschärfen. Weitere Gefahren gehen von der instabilen Lage in Transitländern wie Pakistan aus. Anlass zur Sorge bietet auch die Instrumentalisierung der Gasversorgung zur Durchsetzung (außen)politischer Ziele durch Lieferländer wie Iran und Russland.

## 2. Indiens Energiebedarf und Energiereserven

Mit der dynamischen Entwicklung der indischen Wirtschaft, die in den letzten Jahren Wachstumsraten von über 8 % verzeichnen konnte, wird Indiens Energiebedarf zwischen 2005 und 2030 voraussichtlich um 3,6 % pro Jahr steigen (IAE 2007: 7-8). Laut eines Regierungsberichtes wird Indien seine Kapazitäten zur Stromerzeugung im Laufe der nächsten Jahre verfünffachen müssen. Bislang ist Kohle mit einem Anteil von 34 % am

gesamten Energieverbrauch Indiens wichtigste Quelle der Stromerzeugung. Auch in Zukunft will Indien, das über eines der weltweit größten Kohlevorkommen verfügt, an Kohle als wichtigstem Energieträger festhalten (Sharma 2007: 160). Sicherheitspolitisch ist Kohle eine relativ unproblematische Energiequelle, denn die eigenen Kohlevorkommen bewahren Indien vor einer starken Importabhängigkeit. Zugleich sind Indiens Beziehungen zu Lieferländern wie Australien, Indonesien und Südafrika stabil. Andererseits ist Kohle ein schadstoffreicher Energieträger, dessen Nutzung in Indien aufgrund vergleichsweise schlechter Qualität und mangelhafter Infrastruktur ineffizient ist. Die indische Regierung muss daher in den nächsten Jahren Investitionen in Kohleminen und die Verkehrsinfrastruktur fördern.

Bei Öl und Gas kann Indien hingegen kaum auf eigene Quellen zurückgreifen. Indien importiert rund zwei Drittel seines Ölbedarfs – Öl macht heute 22 % des gesamten indischen Primärenergieverbrauchs aus (IAE 2006: 518) – vornehmlich aus dem Nahen Osten. Schätzungen zufolge könnte die Abhängigkeit von importiertem Öl bis 2020 auf über 90 % ansteigen (Sharma 2007: 160). Gas macht indessen nur 4 % des Energieverbrauchs aus.<sup>1</sup> Bislang kann der Bedarf weitgehend durch eigene Gasvorkommen im Golf von Bengalen und in den Bundesstaaten Assam, Andhra Pradesh und Gujarat gedeckt werden. Wie der Ölsektor ist auch die Gasproduktion größtenteils in staatlicher Hand. Die *Gas Authority of India Ltd.* (GAIL) hält das Monopol der Weiterleitung und Verteilung. Gleichwohl hat die indische Regierung im Dezember 2006 entschieden, den Gasmarkt künftig stärker für private Investoren aus dem In- und Ausland zu öffnen (EIA 2007: 4-5). Da die eigenen Gasvorkommen den rasant steigenden Bedarf nicht decken können, wird Indien immer mehr auf Gasimporte angewiesen sein. Indien hat bereits einen langfristigen Liefervertrag mit Katar abgeschlossen, der die jährliche Lieferung von 7,5 Mio. Tonnen Flüssiggas bis 2029 vorsieht. Darüber hinaus bestehen Lieferverträge mit Australien, Malaysia, Oman und Turkmenistan. Mit Iran steht Indien seit 2005 ebenfalls in Verhandlungen, ein Abschluss rückt heute nach längerem Still-

stand wieder in greifbare Nähe (Cohen/Curtis/Graham 2008: 5).

Atomenergie, die im Gegensatz zu Öl und Gas ein hohes Maß an energiepolitischer Autarkie ermöglichen könnte, hat mit einem Anteil von etwa 1 % an der Gesamtproduktion zurzeit nur geringen Stellenwert in der indischen Energiepolitik (IAE 2006: 518). Indiens Weigerung, den Nichtverbreitungsvertrag für Nuklearwaffen (NPT) zu unterzeichnen und die daraufhin durchgesetzten Sanktionen und Restriktionen beim Technologietransfer haben die Entwicklung der Kernenergie für die zivile Nutzung erschwert. Für die von der indischen Regierung angestrebte Energiesicherheit wird der Ausbau der zivilen Kernenergie neben der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien von zentraler Bedeutung sein.

### 3. Das Nuklearabkommen mit den USA

Das 2006 geschlossene Nuklearabkommen mit den USA („123 Agreement“) spielt vor diesem Hintergrund eine entscheidende Rolle. Einerseits sichert die Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung der Atomenergie den Zugang zu Brennstoffen und Technologien, die für deren flächendeckenden Ausbau notwendig sind. Andererseits hat das Abkommen eine nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung. Denn die Anerkennung als Atommacht durch die USA bringt Indien nicht nur den langersehnten Prestigegewinn auf globaler Ebene, sondern könnte auch als Katalysator für den Abschluss ähnlicher Abkommen zwischen Indien und China oder Indien und Russland wirken. So hat Russland beispielsweise am Rande des BRIC-Treffens<sup>2</sup> im Mai 2008 angekündigt, ebenfalls einen Nuklearpakt mit Indien schließen zu wollen. Von dem indisch-russischen Gipfeltreffen, das Ende dieses Jahres in Neu-Delhi stattfinden wird, können wichtige Impulse für das Vorhaben ausgehen. Der Preis, den Indien für das Nuklearabkommen mit den USA zahlen muss, ist verhältnismäßig gering: Zwar muss es sein ziviles vom militärischen Atomprogramm trennen, alle 14 bestehenden und sämtliche künftig zu errichtenden zivilen Atomkraftwerke der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unterstellen, allerdings kann es sein militärisches

<sup>1</sup> Die im Text genannten Anteile sind dem Bericht der *International Energy Agency* (IAE) entnommen (IAE 2006: 518). Die *Energy Information Administration* (EIA) geht dagegen von Anteilen von 53 % für Kohle, 33 % für Öl und 8 % für Gas aus (EIA 2007: 8). Die Unterschiede erklären sich u. a. damit, dass in der EIA-Schätzung Biomasse nicht berücksichtigt wird.

<sup>2</sup> BRIC steht für die Länder Brasilien, Russland, Indien und China.

Atomprogramm fortführen und somit seine nukleare Abschreckung aufrechterhalten.

Das Inkrafttreten des Abkommens ist bislang hauptsächlich durch den Widerstand der kommunistischen Parteien im indischen Parlament blockiert worden. Nachdem sich Premierminister Singh im Juli 2007 entschlossen hatte, die internationalen Verhandlungen um den Nuklearpakt fortzusetzen, entzogen die Kommunisten der Regierung die Unterstützung. Neuwahlen konnten in letzter Minute durch das Anwerben der *Samajwadi Party* verhindert werden. In den USA stimmten Senat und Repräsentantenhaus bereits 2006 für das Abkommen – mit dem Vorbehalt, eine endgültige Entscheidung erst nach Zustimmung der IAEA und der *Nuclear Suppliers Group* (NSG) zu treffen. Das Exekutivdirektorium der IAEA hat Anfang August 2008 das von Indien unterbreitete Sicherheitsabkommen angenommen und dem indisch-amerikanischen Pakt damit grünes Licht erteilt. Anfang September hat nun auch die NSG einer Ausnahmeregelung für Indien zugestimmt.

Die internationale Kritik am Abkommen zielt vor allem auf seine potenziellen Folgen für das Nichtverbreitungsregime und einen möglichen Nachahmungseffekt auf Staaten wie Iran und Nordkorea. Allerdings zeichnet sich immer deutlicher der Konsens ab, dass Indien als wichtigstem Nicht-NPT-Staat Anreize gegeben werden müssen, für das Nichtverbreitungsregime zu arbeiten. Der Abstimmungsprozess mit der IAEA und der NSG ist bisher ebenfalls durch die Blockadehaltung der indischen Kommunisten behindert worden. Zwar hat die indische Koalitionsregierung nach dem gewonnenen Vertrauensvotum vom Juli 2008 mehr Spielraum in internationalen Verhandlungen, jedoch hat die US-Regierung im gleichen Umfang an Gestaltungsmacht verloren. Denn angesichts der im November in den USA stattfindenden Präsidentschaftswahlen bleiben nur wenige Wochen, um das Verfahren in beiden Kammern des Kongresses abzuschließen. Es gilt als unwahrscheinlich, dass der Kongress nach der Wahl oder gar nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten dem Abkommen in unveränderter Form zustimmen wird.

Trotz der jüngsten Verhandlungsfortschritte stößt der Nukleardeal in Indien weiterhin auf Widerstand. Innerhalb der außenpolitischen Elite ist der Annäherungsprozess zwischen Indien und den USA umstritten. Kritik kommt sowohl aus dem ultranationalistischen als auch aus dem ex-

trem linken Spektrum. Beide Seiten fürchten um die außenpolitische Unabhängigkeit des Landes. Den Nationalisten bereiten vor allem eine mögliche Einmischung der USA in das militärische Nuklearprogramm Indiens und die US-amerikanische Militärhilfe für Pakistan Sorge. Für die Kommunisten hingegen bedeutet eine Partnerschaft mit den USA, sich einer neoimperialistischen Agenda zu unterwerfen und den indischen Markt gezwungenermaßen weiter an US-amerikanische Interessen anzupassen.

Indiens traditionell gutes und heute strategisch bedeutsames Verhältnis zu Iran reflektiert die neuen Spannungen in den indisch-amerikanischen Beziehungen. Während die USA Indien in den Jahren 2006 und 2007 zu einer härteren Haltung gegenüber Iran insbesondere innerhalb der IAEA bewegen konnten, ist Indien dieses Jahr wieder stärker auf seine außenpolitische Autonomie bedacht und verbittet sich US-amerikanische Bevormundung in dieser Frage. Aufgrund der anhaltenden Auseinandersetzung, wie die Außenpolitik künftig auszurichten sei, wird Indien nicht riskieren wollen, durch eine konfrontative Iranpolitik sein Streben nach Energiesicherheit und seine langfristigen Interessen in Zentralasien aufs Spiel zu setzen. Iran hat nach Russland die weltweit größten Gasreserven und ist bereits heute ein wichtiger Energielieferant Indiens. Angesichts rapide steigender Gaspreise und der gegenwärtigen Isolierung Irans durch den Westen bietet sich indischen Unternehmen die Chance, ohne nennenswerte ausländische Konkurrenz in Projekte zu investieren. Des Weiteren hat Indien wirtschaftliche, politische und strategische Interessen in Zentralasien und will seinen Einfluss in der Region vergrößern. Dazu gehört nicht nur ein verbesserter Zugang zu den zentralasiatischen Märkten, sondern auch der Aufbau von Militärbasen. So würden die Voraussetzungen für eine erweiterte Machtprojektion geschaffen werden, um die Region zu stabilisieren und den Terrorismus einzudämmen (Fair 2007: 145-146).

#### **4. Das iranisch-pakistanisch-indische Pipelineprojekt**

Von herausragender Bedeutung ist neben dem Nuklearpakt das Projekt einer Gaspipeline zwischen Iran, Pakistan und Indien. Die 2.775 km lange Pipeline, die sich vom Persischen Golf über

Pakistan bis nach Indien erstrecken würde, soll anfangs 30, später 75 Mio. Kubikmeter Gas pro Tag nach Indien transportieren und somit Indiens Energieversorgung langfristig gewährleisten. Seit 1994 ist die IPI-Pipeline auf der Agenda der drei Staaten; die Verhandlungen wurden jedoch immer wieder unterbrochen und erwiesen sich aufgrund einer Vielzahl ökonomischer und politischer Faktoren als problematisch. Während die Gespräche zuerst aufgrund der Eskalation des indisch-pakistanischen Konfliktes in den Jahren 1999 und 2001/2002 ausgesetzt wurden, überwogen zuletzt vor allem wirtschaftliche Bedenken, da die Pipeline bis zu 7,5 Mrd. US\$ kosten könnte (Verma 2007: 3283). Strittig waren auch die Höhe des Gaspreises, die Transitgebühren und die Frage, ob die Gasübergabe an der iranisch-pakistanischen oder der indisch-pakistanischen Grenze stattfinden soll. Indien bestand darauf, grundlegende Differenzen in bilateralen Gesprächen zu klären, bevor es zu trilateralen Verhandlungen auf höchster Ebene kommen könne. Mit Blick auf die bevorstehenden Entscheidungen hinsichtlich des Nuklearabkommens durch den US-Kongress spielt Indien auf Zeit. So erschien noch im Frühjahr 2008 der Weg frei für trilaterale Verhandlungen in Iran, nachdem sich Indien und Pakistan bezüglich der Transitgebühren und des Übergabeortes für das indische Gas geeinigt hatten. Im Lichte der neuen Entwicklungen rund um das Nuklearabkommen wurde der Termin dafür jedoch erneut verschoben. Vor der Sitzungspause des US-Kongresses Ende September 2008 sind abschließende Verhandlungen über die Pipeline nicht zu erwarten. Der geplante Baubeginn im März 2009 wirkt vor diesem Hintergrund unwahrscheinlich.

Von der Pipeline versprechen sich alle beteiligten Staaten ökonomische Vorteile. Während Iran sich weiter aus seiner wirtschaftlichen Isolierung zu befreien sucht, hofft Pakistan darauf, Transitgebühren in Höhe von jährlich ca. 700 Mio. US\$ einzunehmen, um seiner hohen Auslandsverschuldung entgegenzuwirken. Für Indien hingegen erweist sich das iranische Gas als langfristige und höchst effiziente Energiequelle, durch die es in den nächsten zehn Jahren Transportkosten in Höhe von rund 10 Mrd. US\$ einsparen könnte (Verma 2007: 3285).

Das Pipelineprojekt hat überdies weitreichende (geo)politische Folgen. Zuvorderst könnte es stabilisierend auf die Beziehungen zwischen den Rivalen Indien und Pakistan wirken. Die daher auch

„Friedenspipeline“ genannte Gaspipeline würde zu einer stärkeren ökonomischen Verflechtung beider Staaten führen und könnte auf diese Weise zu einem dauerhaften Frieden zwischen den Atommächten beitragen. Durch eine Beendigung des seit Jahrzehnten währenden Konfliktes könnte Indien seine Stellung als regionale Führungsmacht festigen und seine Ressourcen vermehrt in seine globalen Ambitionen investieren.

Im globalen Konkurrenzkampf um Energie kann die von Iran ausgehende Pipeline nicht nur als wichtige Basis für energiehungrige Staaten wie Indien und Pakistan dienen, sondern auch den Ausgangspunkt eines umfassenden Pipelinenetzes bilden, das die Energieverteilung weitgehend dem Einfluss externer Mächte entzöge. Hierdurch würde ein Interdependenzverhältnis zwischen den Staaten Asiens entstehen, das sowohl Chancen als auch Risiken für die Großregion birgt. Es könnte dazu beitragen, die Beziehungen zu stabilisieren, und würde möglicherweise regionale Integrationsprozesse fördern. Eine stärkere innerasiatische Einheit würde den Einfluss des Westens und besonders den der USA zurückdrängen. Welche Bedeutung ein solches asiatisches Gegengewicht haben kann, zeigte sich in Ansätzen am Rande des BRIC-Treffens in Russland im Mai 2008. Russland, China und Indien verabschiedeten ein gemeinsames Kommuniqué, worin sie ihre Einschätzungen zu zentralen weltpolitischen Fragen artikulieren: Während Iran das Recht auf ein ziviles Atomprogramm zugestanden wird, lehnen die drei Staaten die Unabhängigkeit Kosovos ab und kritisieren die Anerkennungspraxis westlicher Staaten. Es ist zu erwarten, dass Russland, China und Indien ihre Ablehnung gegenüber dem westlichen Vorgehen in Zukunft häufiger in der Form von Gegeninitiativen oder der Organisation von Widerstand in internationalen Organisationen ausdrücken. Ihre Ankündigung, künftig stärker im Rahmen der *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) zusammenarbeiten zu wollen, bekräftigt die Prognose der selbstbewusster und geschlossener auftretenden „asiatischen Giganten“. Russland unterstützt das Pipelineprojekt zwischen Iran, Pakistan und Indien aus ökonomischen und strategischen Erwägungen. Gazprom ist bereits an vielen Gas- und Ölprojekten in Iran beteiligt und auch als Investor oder Vertragspartner für die IPI-Pipeline im Gespräch. Durch eine Beteiligung an dem Projekt könnten russische Unternehmen ihren Einfluss im iranischen Markt ausbauen. Darüber

hinaus profitiert Russland vom gespannten Verhältnis zwischen Iran und dem Westen insofern, als seine eigene Stellung als Europas wichtigster Gaslieferant nicht durch iranisch-europäische Kooperationsvorhaben gefährdet wird (Cohen/Curtis/Graham 2008: 9). Auch China ist mittlerweile ein wichtiger Investor in Iran und sieht das IPI-Pipelineprojekt positiv, da erwogen wird, China auf lange Sicht einzubeziehen.

Das Pipelineprojekt birgt jedoch auch Risiken: Für Indien erweist es sich als Belastungsprobe in seinen Beziehungen zu den USA, denn die Vereinigten Staaten sehen durch die IPI-Pipeline ihren eigenen Einfluss in der Region gefährdet. Nach Abschluss des Nuklearabkommens erwarten sie von Indien eine proamerikanische Haltung gegenüber so genannten Schurkenstaaten wie Iran. Die indische Regierung befindet sich in einem Dilemma, da sie weder die strategische Partnerschaft mit den USA noch ihre außenpolitische Unabhängigkeit aufs Spiel setzen will. In Asien kann der Wettstreit um Ressourcen und die Abhängigkeit von einer krisenanfälligen Region wie dem Nahen Osten Konflikte schüren, zumal die Beziehungen zwischen den am IPI-Pipelineprojekt beteiligten Staaten spannungsreich sind. Die von Pakistan und Iran lancierte Drohung, dass China Indien in dem Projekt gegebenenfalls ersetzen könne, weist auf dieses Konfliktpotenzial hin. Mit China konkurriert Indien auf regionaler wie globaler Ebene um Energieressourcen, Marktzugänge und politischen Einfluss. Zwar ist eine offene Konfrontation der beiden Staaten unwahrscheinlich, jedoch bleibt das Verhältnis durch Energieabhängigkeit und Grenzstreitigkeiten sowie durch besonders auf indischer Seite ausgeprägte wirtschaftliche und militärische Bedrohungswahrnehmungen belastet. Die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sind trotz jüngster Entspannungspolitik und vertrauensbildender Maßnahmen – etwa in Rüstungsfragen, beim Außenhandel und im Bereich der Demilitarisierung umstrittener Gebiete – nach wie vor fragil (Betz 2007: 39-40). Indien befürchtet daher, dass Pakistan im Falle einer Krise Gas als Druckmittel einsetzen könnte. Zudem würde die Pipeline durch die von Stammesunruhen und Separationsbestrebungen geprägte Region Belutschistan in Pakistan verlaufen, in der bereits häufiger Anschläge auf bestehende Pipelines verübt worden sind. Da sich gegenwärtig nicht abzeichnet, dass sich die Lage in Pakistan stabilisiert, bliebe Indiens Energieversorgung gefährdet.

## 6. Fazit

Das Nuklearabkommen mit den USA ist für Indien international von hoher symbolischer Bedeutung, ohne mit einschneidenden Kosten oder Sicherheitsrisiken verbunden zu sein. Allerdings kann es aufgrund des geringen Anteils von Atomenergie am indischen Energieverbrauch auf absehbare Zeit keinen signifikanten Beitrag zur Energiesicherheit leisten. Für das IPI-Pipelineprojekt fällt die Bilanz umgekehrt aus; ein hoher praktischer Nutzen ginge mit einem Prestigeverlust bei westlichen Verbündeten und mit gravierenden Sicherheitsrisiken einher. Zwar könnte die IPI-Pipeline eine langfristige und rentable Energiequelle bilden und die Beziehungen zu Pakistan und China stabilisieren; zudem würde es den in der Region weitgehend negativ beurteilten Einfluss der USA zurückdrängen. Aber die Pipeline stellt die über Energiefragen hinausreichende Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten auf eine Belastungsprobe und zwingt die indische Regierung zu einem schwierigen Austarieren widerstreitender Interessen. Die Möglichkeit eines Militärschlags gegen Iran, die von den USA und Israel nicht ausgeschlossen wird, kompliziert die strategischen Kalkulationen für Indien ebenso wie die Ungewissheit im Hinblick auf die innenpolitischen Entwicklungen in Pakistan. Sollten sich die Beziehungen zu Pakistan erneut verschlechtern, könnte dies den Nutzen der Gaspipeline für Indien zunichte machen.

## ■ Literatur

- Betz, Joachim (2007): Hintergründe des anhaltenden indisch-pakistanischen Dialogs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 39, S. 39-46.
- Cohen, Ariel/Curtis, Lisa/Graham, Owen (2008): The Proposed Iran-Pakistan-India Gas Pipeline: An Unacceptable Risk to Regional Security, in: *Backgrounders*, Nr. 2139, Washington, D.C: The Heritage Foundation.
- Energy Information Administration, U.S. Department of Energy (2007): India: Country Analysis Brief, [www.eia.doe.gov/emeu/cabs/India/pdf.pdf](http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/India/pdf.pdf) (Zugriff am 19.05.2008).
- Fair, C. Christine (2007): India and Iran: New Delhi's Balancing Act, in: *The Washington Quarterly*, 30 (3), S. 145-159.
- International Energy Agency (2006): *World Energy Outlook 2005*, Paris.
- International Energy Agency (2007): *World Energy Outlook 2007*, Paris.
- Sharma, Ashok (2007): India and Energy Security, in: *Asian Affairs*, 38 (2), S. 158-172.
- Vermer, Shiv Kumar (2007): Energy Geopolitics and Iran-Pakistan-India Gas Pipeline, in: *Energy Policy*, Nr. 35, S. 3280-3301.

## ■ Die Autoren

Thorsten Wojczewski studiert Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Hamburg und ist studentischer Mitarbeiter im *Regional Powers Network* (RPN).

E-Mail: [wojczewski@giga-hamburg.de](mailto:wojczewski@giga-hamburg.de).

Melanie Hanif M.A. ist Doktorandin am GIGA und Mitarbeiterin im RPN.

E-Mail: [hanif@giga-hamburg.de](mailto:hanif@giga-hamburg.de), Website: <http://staff.giga-hamburg.de/hanif>.

## ■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Das *Regional Powers Network* erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten; es befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wird im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010). Weitere Informationen unter: [www.giga-hamburg.de/rpn](http://www.giga-hamburg.de/rpn).

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2008): Schwerpunktverschiebung nach Asien? China und Indien als aufstrebende Großmächte, in: *Peripherie*, Nr. 111, S. 280-300.

Berger, Alice/Mattes, Hanspeter (2008): Im Windschatten Chinas: Indiens neues Gewicht im Nahen Osten, *GIGA Focus Nahost*, Nr. 7.

Scholvin, Sören (2008): Die Energiepolitik neuer regionaler Führungsmächte, *GIGA Focus Global*, Nr. 5.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. *GIGA Focus Asien* wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus).

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: [giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de); GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM